

Martina Schröder Zur Sache: Der Fortbestand der regionalen Freilichtmuseen ist gefährdet

Zwanzig Jahre Arbeitsgemeinschaft der regionalen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg – eigentlich müßte ein solches Datum ein Grund zum Feiern sein. Doch auf der Fachtagung, die aus diesem Anlaß Mitte Juni zum Thema «Wie sehen uns die anderen?» stattfand, wurden eher ernste Töne angeschlagen. Mehr als die Frage nach ihrer öffentlichen Wirkung beschäftigt die Freilichtmuseen zur Zeit die aktuelle Sparpolitik im Kulturbereich. «Wie geht es mit uns weiter? Wie wird sich die Zuschußpolitik des Landes entwickeln?» Denn nicht nur die Arbeitsgemeinschaft, sondern auch die staatliche Förderpraxis besteht nun seit zwanzig Jahren – Zeit für eine kritische Zwischenbilanz.

Seit 1978 werden die regionalen nichtstaatlichen Freilichtmuseen, die von Kreisen, Kommunen oder privaten Vereinen mit kommunaler Beteiligung getragen werden, vom Land entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip unterstützt. Die Landeszuschüsse stehen ausschließlich für investive Maßnahmen zur Verfügung, Betriebs- und Personalkosten sind allein vom Träger zu finanzieren. Mit diesem Fördermodell entschied sich die Landesregierung gegen die Einrichtung eines lange diskutierten zentralen Landesfreilichtmuseums. Um dennoch eine flächendeckende Dokumentation des ganzen Bundeslandes zu gewährleisten, legte sie Einzugsgebiete für bereits bestehende und neu zu gründende Museen fest. In Baden-Württemberg entstand so eine ambivalente Lösung: regionale Freilichtmuseen als kommunale oder private Einrichtungen mit einem quasi staatlichen Dokumentationsauftrag. Der Staat verband dabei weder die Übernahme der Trägerschaft noch die Gewährung von Zuschüssen mit inhaltlichen oder personellen Auflagen.

Diese Lösung erwies sich nach einigen Anlaufschwierigkeiten als erfolgversprechend. Die Fördermittel flossen reichlich und stiegen stets an. Seit 1981 trug das Land die Kosten für den Aufbau der Gebäude zu 75 Prozent. Dieser Fördersatz wurde zunächst nur für die Aufbauphase, seit 1987 für alle Bauphasen bewilligt. Ein Jahr später erreichten die Zuschüsse mit 7,5 Millionen DM den Höchststand.

Diese staatliche Förderung ermöglichte teilweise einen zügigen Auf- und Ausbau. Allerdings wurde schon bald das Handicap dieses Konzepts deutlich: die unterschiedliche Finanzkraft der Museumsträger. Diese wirkte sich auf Bautempo, Betriebsstruktur und vor allem auf die Zahl der wissen-

schaftlichen Stellen aus. Es entstanden sehr unterschiedliche Personalstrukturen, die es nicht allen Museen ermöglichten, intensiv und konsequent zu forschen. Insgesamt gesehen haben sich die regionalen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg in den letzten zwanzig Jahren jedoch zu wichtigen Forschungszentren für ländliche Kultur-, Alltags-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte entwickelt.

Diese durchaus positive Entwicklung der regionalen Museen scheint nun gefährdet zu sein. Durch die angespannte Finanzlage des Landes werden die staatlichen Zuschüsse seit Mitte der 90er Jahre gekürzt: Von 1993 bis 1996 erhielten die Freilichtmuseen 3,6 Millionen DM, im Haushalt 1997 nur noch 1,8 Millionen DM.

Die Kürzungen treffen, so Landrat Peter Schneider aus Biberach als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, den «Lebensnerv» der Museen: den millionenteuren Aufbau der Häuser. Denn erst die staatliche Förderung gab den Freilichtmuseen und ihren Trägern die notwendige Planungssicherheit für eigene Investitionen. Ohne entsprechende Landesmittel droht in mehreren Museen ein Ende der Bautätigkeit. Betroffen sind vor allem die Museen Gottersdorf im Neckar-Odenwald-Kreis und Beuren im Kreis Esslingen, die noch in der Aufbauphase stecken, – diese würden unvollständig bleiben. In Gottersdorf kündigte der Vorsitzende des Trägervereins sogar die Schließung des Museums an, sollte es weitere Kürzungen geben. Die Finanzkrise könnte für die Freilichtmuseen zu einer Existenzkrise werden. Zumal auch die Museumsträger angesichts der angespannten Finanzlage Mittel kürzen. So muß das Hohenloher Freilandmuseum seinen Baupersonal, der sich auf historische Bautechnik spezialisiert hat, in diesem Sommer entlassen.

Die baden-württembergische Lösung der regionalen Freilichtmuseen mit landespolitischem Auftrag steht vor seiner Bewährungsprobe. Im Mai 1998 verabschiedete die Arbeitsgemeinschaft der regionalen Freilichtmuseen eine Resolution. In ihr fordert sie die Landesregierung auf, *Zuschußhöhe und Fördermittel auf dem derzeitigen Stand festzuschreiben und so bald wie möglich wieder zu erhöhen, um den Weiterbestand der Freilichtmuseen zu gewährleisten.* Es bleibt zu hoffen, daß es im Interesse einer anschaulichen Präsentation der ländlichen Kulturgeschichte, die die Freilichtmuseen bisher geleistet haben, zu einer tragfähigen Lösung kommt.